



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Hausmitteilung

Universität Paderborn

Paderborn, 1.1984 - 3.1986 = Nr. 1-20

Nr. 13

urn:nbn:de:hbz:466:1-8630

24. 6. 1985, Nr. 13, 2. Jg.



- Kooperationsvertrag mit Nixdorf
- Gleitende Arbeitszeit?
- Praxissemester
- Uni-Feste

Kooperationsvertrag mit Nixdorf Computer AG 3
 WRK-Konferenz: Geisteswissenschaften 4
 Wissenschaftlerinnen wollen Frauenbeauftragte 5
 Musikwissenschaft: Bach und die Rhetorik 6
 Kurz berichtet 7
 Nachrichten aus der Hochschule 10
 Erster Honorarprofessor an Uni-GH 11
 Berufliche Ausbildung im Jahr 2000 12
 Jahrestagung der Baudezernenten 13
 Gleitende Arbeitszeit 15
 Personalversammlung 15
 Uni-Kinderfest 16
 Stadtrat gibt Uni Zuschlag für 'Brauereivilla' 18
 Praxissemester 18
 Hochschulwoche in Arolsen 19
 Universitätsball: ein Kommentar 20

ZUM TITELBILD: Le Mans und Paderborn pflegen beides: Städtepartnerschaft und Hochschulpartnerschaft. Erstere gehe, so der Paderborner Bürgermeister Herbert Schwiete (Foto zweiter von links), aus einer, urkundlich festgehaltenen, tausendjährigen Verbindung hervor, letztere ist zwar erst 12 Jahre alt, damit jedoch die älteste Partnerschaft der Uni-GH mit einer ausländischen Hochschule.

20 Hochschullehrer und 80 Germanistik- und Sportstudenten der Université du Maine waren vom 6. bis 10. Mai Gast an der Uni-GH. Daß Partnerschaft auch im Wettkampf Trumpf ist, demonstrierten die Sportler den mitgereisten Wissenschaftlern. Die Fußballmannschaften trennten sich 3 : 3, wobei die Paderborner Kicker fünf Tore zum Gelingen der Veranstaltung beisteuerten.

Das Foto entstand auf dem Empfang beim Bürgermeister und zeigt rechts den Rektor der Université du Maine, Prof. Dr. Jean-Pierre Gelare, links seinen Kollegen Jean-Michel Eychelbrenner, Germanistikprofessor in Le Mans. In der Mitte Prorektor Prof. Dr. Georg Hartmann, der Uni-Rektor Buttler vertrat. Im Hintergrund Stadtdirektor Wilhem Ferlings.

Studentenparlament

Bei der Wahl zum 14. Studentenparlament (10.6.-14.6.85) ist es zu folgender Sitzverteilung gekommen:

Gewerkschaftlich orientierte Liste (GOL)
 6 Sitze (Vergleichszahl Vorjahr 8)

Unabhängige Liste Außenstellen (ULA)
 12 Sitze (10)

Jungsozialisten-Hochschulgruppe (JUSO-HG)
 17 Sitze (12)

Libérale Studenteninitiative (LSI)
 4 Sitze (1)

Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS)
 - (8)

Wahlbeteiligung 33,8 % (Vorjahr 38,7 %).

Der RCDS hatte es versäumt, seine Kandidatenliste rechtzeitig einzureichen.

Herausgeber: Pressestelle der Universität-Gesamthochschule-Paderborn
 Redaktion: Detlev Grewe (V.i.S.d.P.)
 Druck: Hausdruckerei

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Neuer Senat

Dem 2. Senat der Uni-GH nach der Gründungsphase gehören folgende Senatoren an:

Gruppe der Professoren

- Prof. Dr. Benseler, FB 1
- Prof. Dr. Jütting, FB 2
- Prof. Dr. Steinecke, FB 3
- Prof. Dr. Bronner, FB 5
- Prof. Dr. Spaeth, FB 6
- Prof. Dr. Schwermann, FB 6
- Prof. Dr. Lenzing, FB 17
- Prof. Krawinkel, FB 7
- Prof. Hartkamp, FB 12
- Prof. Dr. Stock, FB 14
- Prof. Dr. Gorenflo, FB 10
- Prof. Schweins, FB 11

Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter

- Evelyn Geisler, FB 2
- Dr. Thomas Hangleiter, FB 6
- Dr. J.-M v. Petzinger, FB 1
- Dr. Gottfried Richenhagen, FB 17

Gruppe der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter

- Norbert Lengerling, Abteilungsverwaltung Soest
- Rita Wissmann, FB 13

Gruppe der Studenten

- Thomas Thier, FB 5 (RCDS)
- Ulrich Walwei, FB 5 (JUSO-HG)
- Angelika Gausmann, FB 4 (JUSO-HG)
- Bruno Graute, FB 7 (Unabhängige Liste Außenstelle).

„Arbeitsplätze brauchen auch wissenschaftliche Begleitung“

Paderborn (ghp). Ihre Zusammenarbeit in der Informatik, der Elektrotechnik und der Sportwissenschaft dokumentierten am 31. Mai die Universität-Gesamthochschule Paderborn bzw. das Land Nordrhein-Westfalen und die Nixdorf Computer AG mit der Unterzeichnung zweier Verträge im Großen Sitzungssaal der Paderborner Hochschule.

In Anwesenheit des noch amtierenden Wissenschaftsministers und jetzigen Justizministers des Landes, Dr. Rolf Krumsiek, unterzeichneten Heinz Nixdorf, Vorstandsvorsitzender der Nixdorf Computer AG, und Prof. Dr. Friedrich Buttler, Rektor der Uni-GH Paderborn, einen Kooperationsvertrag, der die Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung auf den Gebieten der Informatik und der Elektrotechnik begründen und auf eine dauerhafte Basis stellen soll. Insbesondere werden, so der Vertragstext, "rechnergestützte Entwurfsmittel für den System- und Schaltkreisentwurf erarbeitet". Mit der Kooperation sollen das wissenschaftliche Potential des an der Hochschule bestehenden Schwerpunktes auf diesem Arbeitsgebiet und die Erfahrungen der Firma Nixdorf in der Entwicklung hochintelligenter Schaltungen zusammengeführt werden. Ziel: neue Forschungs- und Entwicklungsergebnisse schneller in die industrielle Anwendung umzusetzen und

gleichsam Impulse für weiterführende wissenschaftliche Arbeiten zu geben.

Vertrauensvolle Zusammenarbeit

Der gegenseitige Wille zur vertrauensvollen Zusammenarbeit sei gegeben, hob Buttler hervor, und nur auf dieser Grundlage könnten die zu lösenden Probleme angegangen werden. Nixdorf, der auch im Kuratorium der Universität-Gesamthochschule sitzt und sich in dieser Eigenschaft "vorbildlich für die Belange der Hochschule in der Region und die Qualität der Forschung einsetze" (Buttler), erklärte bei der Unterzeichnung, daß "nicht die Interessen des Kapitalisten Nixdorf" im Vordergrund stünden, sondern daß "im Interesse des Arbeitsmarktes" Hochschule und Industrie zusammengehen müßten. Nixdorf: "Die Arbeitsplätze in Paderborn brauchen auch wissenschaftliche Begleitung". Eine anwendungsbezogene Wissenschaft und Forschung soll, so Nixdorf, kritisch prüfen, was für die Zukunft zu tun sei.

Internationaler Wettbewerb

Krumsiek, der sich als

Wissenschaftsminister nachdrücklich für das Zustandekommen der Kooperation eingesetzt hatte, unterstrich die Notwendigkeit einer engen Verzahnung zwischen anwendungsbezogener Forschung und innovationsbereiter Industrie, auch aus arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten. Beispielsweise könne die Mikroelektronik im internationalen Wettbewerb nur dann bestehen, wenn sie in der Lage sei, neue wissenschaftliche Erkenntnisse schnell in marktfähige Produkte und Fertigungstechniken umzusetzen. Deshalb habe, so Krumsiek, die Landesregierung zur Forcierung des wissenschaftlichen Transfers ihr integriertes Forschungs- und Technologieprogramm beschlossen, aus dem auch die "heute beschlossene Kooperation finanziell gefördert werden wird".

Der Vertrag hält ausdrücklich fest, daß die Partner das Recht haben, ihre Forschungsergebnisse zu veröffentlichen. Die Vertraulichkeit der durch die Zusammenarbeit bekanntgewordenen Tatsachen bleibt davon unberührt. Der Mitarbeiter weiterer Partner am Projekt steht nach dem Willen der Unterzeichner nichts im Wege.

Krumsiek unterzeichnete im Einvernehmen mit der Uni-GH Paderborn einen weiteren Vertrag mit der Firma Nixdorf. Fünf Jahre lang wird das Unternehmen eine C 4-Stiftungs-Professur für das Fach Sportmedizin finanzieren. Aus dem Etat werden auch die Mitarbeiter und die Sachmittel bezahlt. Nixdorf zu seinem Engagement: "Sport ist für mich eine der schönsten Sachen auf der Welt." Dem Arbeitsmarkt für qualifizierte Sportlehrer bewertete er skeptisch. Es stimme ihn nachdenklich, wenn sich Akademiker als Taxichaffeurs

verdingen müßten. Politiker und Bildungsexperten seien

hier aufgerufen, so Nixdorf, Abhilfe zu schaffen.



Bei der Vertragsunterzeichnung im Großen Sitzungssaal (von links nach rechts): Uni-Rektor Prof. Dr. Friedrich Buttler, Heinz Nixdorf, Dr. Rolf Krumsiek, Uni-Kanzler Ulrich Hintze.

WRK-Plädoyer für die Geisteswissenschaften

Computer allein reichen nicht aus

Bamberg (dpa). Je moderner die moderne Welt wird, desto unvermeidlicher werden die Geisteswissenschaften. Diese vom Gießener Philosophiewissenschaftler Prof. Odo Marquard auf der Jahresversammlung der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) in Bamberg vertretene These wurde zum Leitgedanken der Beratungen der Spitzen der 174 WRK-Mitgliedshochschulen vom 5. bis 7. Mai. Vor dem Hintergrund der öffentlichen Debatte, die der modernen Technologie und den Naturwissenschaften weitgehend Vorrang einräumt, hatte

die WRK das Thema "Anspruch und Herausforderung der Geisteswissenschaften" in den Mittelpunkt der Jahresversammlung gestellt. Das Ergebnis faßte WRK-Präsident Prof. Theodor Berchem (Würzburg) in dem Satz zusammen: "Wir brauchen die Geisteswissenschaften - und zwar unabhängig vom schwankenden Bedarf an Lehrerbildung". Die Hochschulrektoren und -präsidenten machten damit deutlich, daß eine breite Pflege aller Wissenschaften auch für die Zukunft gesichert werden muß.

Gegenseitige Abhängigkeit

Zum Auftakt der Tagung hatte Berchem die Sorge geäußert, daß die öffentliche Wissenschaftsdebatte "ganz und gar in den Sog einer einseitigen Technologieorientierung" gerät und die Geisteswissenschaften benachteiligt werden. Dabei gehe es nicht vorrangig um die Frage der richtigen Verteilung öffentlicher Mittel, sondern um die Entwicklung des öffentlichen Bewußtseins von der gegenseitigen Abhängigkeit und der dringend notwendigen Zusammenarbeit von Geistes- und Naturwissenschaften. Als Beispiel nannte er die Untersuchung der Auswirkungen moderner Technik auf die Menschen, die Prüfung der Grenzen von Tierversuchen und der Gefahren der Gen-Forschung bis hin zum beängstigenden, aber offenbar unaufhaltsam wachsenden Engagement der Wissenschaft beim Entwickeln immer neuer Vernichtungswaffen.

"Geisteswissenschaften brauchen liberalen Staat"

Die in Bamberg versammelten Wissenschaftler zeigten sich einig darin, daß die Geisteswissenschaften in der modernen Welt von heute für die Erhaltung eigenständiger Kulturen unentbehrlich sind, wie es der Tübinger Soziologe Prof. Friedrich H. Tenbruck formulierte. Die Geisteswissenschaften brauchten einen liberalen Staat, der sie nicht nur fördere, sondern sie auch auf die Klärung jener geistigen Fragen hindränge, die in der Politik steckten, ohne jedoch "geistig zu

dekretieren". Wo der Staat sie nicht fordert, sieht Tenbruck die Gefahr, daß die Geisteswissenschaften sich in ihre Fächer zurückziehen oder versuchten, Anlehnungen bei "weltanschaulichen Mächten" zu suchen. Nach Ansicht des Berliner Germanisten Prof. Bernhard Lämmert stellt der naturwissenschaftliche Fortschritt eine Herausforderung an die Geisteswissenschaften dar, von deren Bewältigung nicht nur ihre eigene künftige Rolle, sondern auch das zukünftige Gesicht unserer Zivilisation wesentlich mitbestimmt wird. Im Blick auf die Computertechnik, die heute bereits

die meisten Lebensgebiete erfaßt habe, sagte er, der kulturelle Spielraum ihrer Verwendbarkeit müsse Gegenstand der Kulturwissenschaften werden. Prof. Oskar Mahrenholtz, Maschinenbauwissenschaftler an der TH Hamburg-Harburg, mahnte, die Geisteswissenschaften auch künftig stellen- und etatmäßig angemessen zu berücksichtigen. Für eine Aufgabe der Wissenschaft insgesamt halte er es, von Zeit zu Zeit eine "Gesamtschau" zu versuchen. Bei einer solchen Ortsbestimmung seien die Geisteswissenschaften, insbesondere die Philosophen, gefordert.

den sollen. Diese Regelung, festgehalten beispielsweise für Nordrhein-Westfalen in einem besonderem Programm, sei, so Juristin Sybille Raasch, für die Frauen legitim und rechtens. Die im Grundgesetz geforderte Gleichbehandlung der Geschlechter sei in der Realität nicht gegeben. Grundgesetzauftrag und -wirklichkeit klappten auseinander. Deshalb die Quotenregelung, die vorsieht, daß bei gleicher Qualifikation der Bewerber den Frauen solange Priorität vor den Männern eingeräumt wird, bis an der betreffenden Institution eine zahlenmäßige geschlechtliche Parität erreicht ist. Raasch: "Quotenregelung heißt nicht, daß unterqualifizierte Frauen dem Bewerber vorgezogen werden sollen".

Quotenregelung und Frauenbeauftragte

Wissenschaftlerinnen wenden sich gegen Frauendiskriminierung an Unis

Paderborn (ghp). Ein von allen Beteiligten als eklatant und dramatisch eingestuft geringer Anteil von Frauen an der Uni-GH, vor allem im Wissenschaftsbereich und in der Studentenschaft, muß, wo eben möglich, abgebaut werden. Wie dies geschehen soll, darüber gingen die Meinungen der Vertreter auf dem Podium auseinander. Zwei 'Fraktionen' diskutierten auf Einladung des autonomen Frauen-Projektbereichs und des AStA am 14. Mai im Hörsaal C 2 unter dem Motto "Her mit der halben Gesamthochschule". Auf der einen Seite die Vertreterinnen einer feministischen Frauenhochschulpolitik, Irmgard Klönne vom Fachbereich 1, Sybille Raasch von der Hochschule für Wirtschaft und

Politik Hamburg und die stellvertretende AStA-Vorsitzende Angelika Gausmann, auf der anderen Seite Uni-Rektor Prof. Dr. Friedrich Buttler und Prof. Dr. Hartmut Steinecke, Literaturwissenschaftler am Fachbereich 3.

"Quotenregelung einführen"

Quotierung hieß ein Schlagwort, dessen Umsetzung die einen forderten und die anderen nicht ausdrücklich ablehnten. Mit der Quotierung ist gemeint, daß die Stellen im wissenschaftlichen Bereich des öffentlichen Dienstes zur Hälfte mit Frauen und zur anderen Hälfte mit Männern besetzt wer-

Wenige Frauen in technischen Fächern

Rektor Buttler hält die Quotenregelung zwar für "wünschenswert", sieht jedoch gleichsam die Situation der Hochschulen im Lande: freiwerdende Hochschullehrerstellen seien Mangelware, die Zahl der Wissenschaftlerinnen in den technischen Fächern sehr gering. Wie soll hier die Quotenregelung greifen können, fragte der Rektor rhetorisch und fügte hinzu, die Gleichbehandlung der Bewerber zum Beispiel um eine Hochschullehrerstelle müsse nicht durch eine Quotenregelung festgelegt werden, die Gleichbehandlung würde vielmehr durch die Kriterien des Wissenschaftsbetriebs gewährleistet.

Kontrovers diskutiert wurde die Einrichtung einer Frauenbeauftragtenstelle an der Uni-GH. Diese bundesweit von den organisierten Wissenschaftlerinnen ins Gespräch gebrachte Institutionalisierung sieht umfangreiche Kompetenzen für die Frauenbeauftragte vor. Da heißt es u.a. "Beratung und Unterstützung von Frauen, die sich aufgrund des Verdachts der Diskriminierung bei Beförderungs-, Berufungs- und Einstellungsverfahren an sie wendet, Kontrolle durch Einsicht in Akten bei den Verfahren, Ausarbeitung und Kontrolle von Frauenförderungsplänen, Überwachung und Vertragsverlängerungen". Die Beauftragte, die über "fundierte frauenpolitische Kenntnisse verfügen (muß)", soll Sitz und Stimme in allen fachbereichsübergreifenden Gremien

haben, die unmittelbare Entscheidungen treffen, die für Frauen relevant sind. Begründet wird die Forderung nach einer Frauenbeauftragten u.a. mit der durch "subtile und offensichtliche Diskriminierung" gekennzeichneten Situation der Frauen auch an der (Paderborner) Hochschule.

AStA-Referentin Gausmann: "Es mangelt am öffentlichen Bewußtsein für die Diskriminierung der Frauen." Auch deshalb, dies zu ändern, sei die Frauenbeauftragte dringend notwendig. Rektor Buttler zu den weitgehenden Forderungen: "Ich rate Ihnen, bei der Diskussion um die Kompetenzen der Frauenbeauftragten die Grundordnung im Auge zu behalten." Das bislang Festgeschriebene würde im Falle der Realisierung eine Änderung der Grundordnung zur Bedingung machen. Ob im Konvent dazu die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit zustande käme, bezweifelte Buttler.

Musikwissenschaftler Prof. Forchert:

„Bach war kein Rhetoriker“

Paderborn (ghp). Ist die überragende Kraft der Musik von Johann Sebastian Bach in erster Linie auf eine meisterliche Beherrschung musikalischer Darstellungs- und Ausdrucksformen zurückzuführen, auf einen spezifischen Sprachcharakter, dessen Herkunft aus der engen Beziehung zwischen der Kunstlehre der Musik und der Rhetorik im 16. und 17. Jahrhundert abgeleitet werden kann? Wur-

den die höchsten rhetorischen Leistungen jener Zeit tatsächlich von Musikern erbracht, wie in der musikwissenschaftlichen Diskussion oft zu hören ist? Gehört die Betrachtung der Barockmusik unter dem Gesichtspunkt rhetorischer Verfahrensweisen zum gesicherten Grundbestand musikwissenschaftlicher Untersuchungsmethoden?

Prof. Dr. Arno Forchert,

Musikwissenschaftler an der Uni-GH, untersuchte diese Fragen und trug seine Ergebnisse am 4. Juni im Hörsaal C 1 der Hochschule vor. Um es vorweg zu nehmen: der Bach-Experte Forchert hält die Wahrscheinlichkeit für gering, daß der Große Musiker "mit voller Absicht seinem Schaffen rhetorische Konzepte zugrundegelegt haben sollte". Mit seiner These setzt sich Forchert ab von der vor allem in diesem Jahrhundert von vielen Musikwissenschaftlern vertretenen Sichtweise, Bach sei ein begnadeter Rhetoriker gewesen.

Wie begründet Forchert seine hiervon abweichenden Erkenntnisse? Vor allem durch den Rückgriff eines von ihm ausfindig gemachten Schullehrbuchs, das dem Schüler Bach als Grundlage für etwaige Kenntnisse der Rhetorik gedient haben könnte. Kaum einer der Bach-Forscher, so Forchert "hat versäumt, auf die Bedeutung des Unterrichts hinzuweisen". Niemand habe sich jedoch bislang mit dem Lehrbuch befaßt, das Bachs Rhetorikunterricht in der Schule zugrunde lag. Forchert hat dies nun nachgeholt.

Das Buch erschien 1680 in Göttingen, ist 88 Seiten stark und behandelt die Rhetorik in sehr komprimierter Form. Es sei, wertet Forchert, "mehr ein Skelett der Rhetorik". Schwer vorstellbar, so der Musikwissenschaftler weiter, "daß eine Schule, die sich für ihre oberste Klasse mit einem solchen Lehrbuch begnügte, noch irgendwelchen besonderen Wert auf eine gründliche rhetorische Ausbildung ihrer Schüler legte".

Und der Stellenwert des Erlernens eben dieser Rhetorik im Unterricht war, da sind sich nicht nur die

Musikwissenschaftler einig, immens. Im Konzept der Schulen, insbesondere in der Organisation des protestantischen Schulwesens, war die Einführung in die Rhetorik laut Forchert sowohl Höhe- und Endpunkt der jahrelangen Beschäftigung mit der lateinischen Sprache und lateinischen Schriftstellern als auch Vorbereitung für das Universitätsstudium. Die Schüler mußten ein gegebenes Thema nach dem Vorbild antiker Autoren in mündlicher und schriftlicher Form selbstständig behandeln, dies nach den Rhetorikerschriften der Klassiker wie Aristoteles, Cicero und Quintilian.

Gesicherte Erkenntnis zum Musik-Unterricht?

Ausgehend von diesem Rhetorikunterricht entwickelte sich im Zuge der Reformation an den protestantischen Schulen eine musikalische Rhetorik, die jedoch, so Forchert, ein genau umrissenes Ziel hatte: die Heranbildung von Sängern, die in der Lage sein sollten, mehrstimmige Kompositionen in möglichst kurzer Zeit einzuüben und vorzutragen. Ein spezieller Kompositionsunterricht sei im Lehrplan der Lateinschulen jedoch nicht vorgesehen, gewesen, bemerkte der Paderborner Musikwissenschaftler und fuhr fort: "Wir stehen vor der Situation, daß wir über die Art, wie die Mehrzahl der deutschen Komponisten damals ihr Handwerk erlernten, uns nur sehr allgemeine Vorstellungen machen können, und zwar nicht zuletzt deswegen, weil die uns durch den Druck überlieferten, ausführlichen Kompositionslehren in vielen Fällen andere als unmittelbare Un-

terrichtszwecke verfolgen".

Folgt man Forchert, so liegen gesicherte, aussagekräftige Erkenntnisse über den musikalischen Rhetorikunterricht jener Zeit nicht vor. Die Hinweise darauf, daß die Komponisten ihre vorhandenen rhetorischen Kenntnisse und Fähigkeiten gezielt in ihre Musik haben einfließen lassen, eine musikalische Figurenlehre auf Grundlage der Rhetorik haben entstehen lassen, seien spärlich bzw. mit Skepsis zu betrachten. Forchert zusammenfassend: "Die musiktheoretische Lehre, sofern sie uns in Musiktraktaten aus der Zeit zwischen 1600 und 1750 überliefert ist, erlaubt nicht so weitgehende Schlüsse, wie sie von einigen Musikforschern gezogen worden sind, die meinten, in einer musikalisch-rhetorischen Figurenlehre den Schlüssel für das Wort - Ton - Verhältnis des Barocks in Händen zu halten. Der scheinbar so sichere historische Grund, auf dem die zahllosen Arbeiten zu stehen glaubten, die mit Hilfe der rhetorischen Figurenlehre zum Verständnis von Bachs Vokalmusik gelangen wollten, ist in Wahrheit ein äußerst schwankender."

Auf Bachs Wirken gemünzt, meinte Forchert an anderer Stelle: "Die Wahrscheinlichkeit, daß er mit voller Absicht seinem Schaffen rhetorische Konzepte zugrundegelegt haben sollte, sei es auf dem Wege über irgendeine Kompositionslehre, sei es durch schulische Anregung, ist gering."

Vielleicht sei seine Musik gerade deshalb über Jahrhunderte hinweg aktuell und lebendig geblieben, schloß Forchert.

KURZ BERICHTET

Anke Brunn neue Wissenschafts- ministerin in Düsseldorf

Düsseldorf (dpa). - Die Kölner SPD-Politikerin Anke Brunn ist neue Wissenschaftsministerin im nordrhein-westfälischen Landeskabinett von Ministerpräsident Rau geworden. Sie löste Rolf Krumsiek (SPD) ab, der in das Justizressort überwechselte. Hans Schwier (SPD) bleibt Kultusminister.

Bereits 1980 war Frau Brunn bei der damaligen Regierungsbildung im Gespräch. Die Chancen, das Amt des Bundesratsministers zu übernehmen, zerschlugen sich jedoch vor fünf Jahren. Die heute 42jährige Politikerin erhielt dennoch bald darauf ein Regierungsamt, allerdings im Berliner Senat. Hans-Jochen Vogel holte sie 1981 für das Ressort Familie Jugend und Sport. Das Senatorinnenamt konnte sie nur zwei Jahre ausüben, weil die SPD 1983 bei den Berliner Wahlen die Mehrheit verlor.

25,75 Mio. Mark für DAAD - Stipendien

Bonn (BMBW). Für das Jahr 1985 hat der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) 25,75 Mio. DM für Stipendien, Teilstipendien und Reisebeihilfen für Auslandsaufenthalte junger deutscher Akademiker und deutscher Stu-

dentem zur Verfügung gestellt. Damit wurden gegenüber dem Vorjahr die Mittel um mehr als 3 Mio. DM und im Zeitraum von 1983 bis 1985 um rd. 25 Prozent erhöht. Weitere Mittel für die Vergabe von Auslandsstipendien, speziell für Fachhochschulstudenten, erhalten die Fulbright Kommission und die Carl-Duisberg-Gesellschaft.

Bundesminister Dr. Dorothee Wilms wies auf die mit einem Auslandsaufenthalt verbundenen Chancen für die berufliche Zukunft des einzelnen hin. "Auslandsaufenthalte - seien es Studium oder Praktikum - haben einen hohen Bildungswert und verbessern in vielen Fällen die Chancen im beruflichen Wettbewerb. Sie vermitteln über den engeren fachlichen Bezug zum späteren Beruf hinaus wertvolle zusätzliche Erfahrungen, Kenntnisse und Fähigkeiten. Auslandsaufenthalte tragen aber auch zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Völkern bei."

Neue Technologien ohne Frauen?

Bonn (dpa). Auf das alarmierend geringe Interesse junger Mädchen an neuen Technologien hat Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) am 10. Mai bei der Siegerehrung im Bundeswettbewerb Informatik in Paderborn hingewiesen. Unter den besten dieses Wettbewerbs sei kein einziges Mädchen. Insgesamt seien nur zwei Prozent aller Teilnehmer Mädchen gewesen. "Dies ist ein Alarmzeichen", sagte die Ministerin. Wenn in Zukunft in vielen Berufsbereichen die neuen Informationstechnologien eine zentrale

Bedeutung haben würden, müßten alle Anstrengungen unternommen werden, daß nicht für Frauen neue Benachteiligungen dadurch entstehen, daß sie für die neuen Technologien nicht qualifiziert sind.

"Wir müssen eine neue Zerteilung des Arbeitsmarktes unbedingt vermeiden", fordert die Ministerin. Sie bezeichnete es als notwendig, gemeinsam den Ursachen dafür nachzugehen, warum Frauen sich bislang so auffällig von der modernen Technik fernhalten würden. Als mögliche Ursache nannte sie überholte Rollenvorstellungen in der Gesellschaft, bei den Betrieben, aber auch in der Schule und im Elternhaus. An die Veranstalter des vom Bundesbildungsministerium finanziell geförderten Wettbewerbs Informatik, der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung, appellierte sie, Lösungswege für die schwierige Aufgabe zu finden, daß Mädchen verstärkt an die neuen Informationstechniken herangeführt werden. An dem seit 1980/81 veranstalteten Wettbewerb beteiligten sich diesmal 150 Jugendliche mit 131 Beiträgen - rund 70 weniger als im Vorjahr.

Weiterbildung wichtige Aufgabe für Hochschulen

Bonn (dpa). - Bildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) hat dazu aufgerufen, mehr für die Weiterbildung zu werben und die Bereitschaft der Bürger zum lebenslangen Lernen zu stärken. Der wirtschaftliche, technische und soziale Strukturwandel sei nur auf der Basis einer steigenden Qualifikation der Bürger zu vollzie-

hen, heißt es in den von ihr am 9. Mai vor der Presse in Bonn vorgelegten "Thesen zur Weiterbildung". Die Ministerin machte dabei deutlich, daß eine staatliche Konstruktion eines flächendeckenden Angebots an Weiterbildungsmöglichkeiten, wie sie in Vorstellungen der 70er Jahre angestrebt worden sei, von der Bundesregierung nicht beabsichtigt werde. Das System der Weiterbildung lebe von der Offenheit, Flexibilität und der Konkurrenz in einem staatlich gesetzten Datenrahmen. Sie räumte allerdings ein, daß die Weiterbildung in Teilbereichen den Charakter einer öffentlichen Daseinsvorsorge habe. Dies gelte für die berufliche Weiterbildung und Umschulung, aber auch für die gesundheitliche Vorsorge und die politische Bildung.

Nach Auffassung von Frau Wilms stellt die Weiterbildung auch für die Hochschulen eine wichtige Aufgabe dar. Vor allem müßten weiterbildende Studiengänge verstärkt entwickelt werden, die auch qualifizierten Berufstätigen ohne Abitur offenstehen sollten. Dabei müßten sich die Universitäten dem Wettbewerb mit anderen Trägern der Weiterbildung stellen.

Hochschulbau: Erhaltung der Infrastruktur

Köln. Für den 15. Rahmenplan für den Hochschulbau, der von 1986 bis 1989 läuft, hat der Wissenschaftsrat Investitionen in Höhe von rund 8,6 Milliarden DM empfohlen. Davon entfallen rund 2,1 Milliarden DM auf Vorhaben, die neu zur Aufnahme in den Rahmenplan empfohlen worden

sind. Der jährlich aktualisierte Rahmenplan ist die Grundlage der von Bund und Ländern gemeinsam getragenen Finanzierung der Bauten und wissenschaftlichen Großgeräte.

Schwerpunkte der künftigen Hochschulinvestitionen sind Erneuerungs- und Erweiterungsbauten für experimentell arbeitende Natur- und Ingenieurwissenschaften, Ersatzinvestitionen für veraltete Kliniken und wissenschaftliche Großgeräte. Daneben werden mehrere Ersatz- und Erweiterungsbauten für Fachhochschulen sowie Kunst- und Musikhochschulen empfohlen. Bei den künftigen Hochschulinvestitionen geht es nicht mehr wie in den 70er Jahren um zusätzliche Studienplätze, sondern um den Erhalt der Infrastruktur für die Aufgaben der Hochschule in Forschung, Lehre und Nachwuchsförderung. Die Hochschulforschung erhält ein wachsendes Gewicht als Zweck der Investition.

Beispiele für neu in den Rahmenplan empfohlene Investitionen:

- Großgeräte für Forschung und Lehre als Ersatz für veraltete Geräte. - Jährlich wurden hierfür rund 200 Millionen DM empfohlen.
- Mikrocomputer für Lehre und Forschung im Rahmen des Computer-Investitions-Programms (CIP). - Als erste Phase für 1985/86 sind rund 90 Millionen DM empfohlen worden.
- Erneuerung veralteter Instituts- und Laborgebäude der Natur- und Ingenieurwissenschaften und ihrer Betriebstechnik, so an der Technischen Hochschule Aachen (Institut für Kraftfahrzeugwesen), FU Berlin (Angewandte Genetik), Hannover (Chemie) und Mainz (Biologie und Chemie).
- Neubau für das Bayerische

Geoinstitut (Geowissenschaften) an der Universität Bayreuth für 36 Millionen DM.

- Neu- und Erweiterungsbauten für die Informatik und Wirtschaftsinformatik an den Universitäten Berlin (FU), Erlangen-Nürnberg, Kaiserslautern, München (TU), Paderborn und Saarbrücken und an den Fachhochschulen Flensburg und Wiesbaden.
- Neubauten für die Universitätsbibliotheken in Göttingen und Ulm.

Interesse am Studium gesunken

Wiesbaden (dpa). Das Interesse an einem Studium hat bei den deutschen Schülern erneut nachgelassen. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am 13. Mai als Ergebnis einer Umfrage unter Schülern mitteilte, wollen von den 270 000 Schülern, die 1985 die Hochschul- oder Fachhochschulreife erlangen, 158 700 oder 58,6 Prozent studieren, 1984 hatten dies noch 59,2 Prozent der Schüler beabsichtigt.

Seit 1972 - damals wollten 89,7 Prozent der Schüler nach dem Erreichen der Hochschul- oder Fachhochschulreife auch studieren - sei der Anteil der Studienwilligen beinahe ständig gesunken. Außerdem hat sich laut Statistik im Vergleich zum Vorjahr die Zahl der zur Reifeprüfung anstehenden Schüler um 3,6 Prozent vermindert.

Für die Schüler war wie in den Vorjahren ein Studium attraktiver als für Schülerinnen: Bei den Schülern habe der Anteil der Studienwilligen mit 66,7 Prozent (1984: 67,2 Prozent) wieder

deutlich höher gelegen als bei den Schülerinnen mit 49,1 Prozent (1984: 49,6 Prozent), berichteten die Statistiker.

Der Anteil jener, die nicht studieren wollen, ist - so das Statistische Bundesamt - 1985 gegenüber 1984 von 15,9 auf 17,2 Prozent gestiegen. Während jede vierte Schülerin (25,3 Prozent) keine Studienabsichten äußerte, wollte von den männlichen Befragten nur jeder zehnte (10,3 Prozent) kein Studium aufnehmen. Relativ groß sei der Anteil der Unentschlossenen mit 24,2 Prozent (1984: 24,8 Prozent).

Ein Studium im Bereich der Ingenieurwissenschaften stehe mit 25,0 Prozent in der Gunst der Studienwilligen am höchsten, gefolgt von den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (20,4 Prozent) sowie der Mathematik und den Naturwissenschaften (14,4 Prozent). Dagegen habe das Lehramtsstudium an Anziehungskraft verloren: Von den Studienwilligen, die die Hochschulreife anstreben, möchten nur noch 4,6 Prozent (insgesamt 5 900) Lehrer werden (1984: 5,5 Prozent).

Wilms für Praxis - Semester

Luxemburg (dpa). - In der Europäischen Gemeinschaft ist eine Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und der Industrie dringend notwendig, wenn Europa mit dem technologischen Wandel Schritt halten will. Dieser Überzeugung waren am 3. Juni in Luxemburg die für Bildungsfragen zuständigen Minister der EG-Staaten auf ihrer Ratstagung. Die Mehr-

heit der Minister bemängelte, daß zwischen der Theorie an den Universitäten und der Praxis in den Unternehmen eine tiefe Lücke klafft.

Die deutsche Bildungsministerin Dorothee Wilms (CDU) schlug zur Beseitigung dieser Mängel vor, daß ein Praxis-Semester während des Studiums eingeführt werden sollte. Sie kritisierte, daß nur 12 Prozent der Hochschullehrer praktische Erfahrungen in ihrem Unterrichtsfach hätten.

Als vorrangig wird vor allem eine größere Transparenz der praxisbezogenen Ausbildungsmöglichkeiten für kleinere und mittlere Betriebe angesehen. In vielen Großunternehmen sei es bereits üblich, Hochschüler während ihres Studiums mit der praktischen Arbeit vertraut zu machen.

Die Luxemburger Konferenz galt zunächst einem Meinungsaustausch, wo Mängel zwischen praktischen und theoretischen Kenntnissen bestehen und wie sie beseitigt werden können. Diese Frage ist nach Ansicht von Beobachtern vor allem deshalb akut, weil der Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften bei der Entwicklung der Spitzentechnologie ständig steigt.

Der Erfahrungsaustausch in Luxemburg zielt darauf ab, ein Programm für engere Zusammenarbeit zwischen den Universitäten und den Unternehmen auf EG-Ebene auszuarbeiten. Dieses wird nach Ansicht von Experten letztlich Europa auch in seinem industriellen Konkurrenzkampf mit den Amerikanern und Japanern zugute kommen.

Nachrichten aus der Hochschule

Die **Ergänzungsstudiengänge** Elektrotechnik und Maschinenbau sind genehmigt worden. Sie sollen den qualifizierten Fachhochschulabsolventen eine verstärkte wissenschaftstheoretische Zusatzausbildung anbieten. Vorgesehen ist, die mit der Diplomprüfung abschließenden Ergänzungsstudiengänge auf fünf Semester anzulegen. Nach erfolgreichem Abschluß besteht die Möglichkeit, sich zu promovieren. Wann die FH-(Studiengangs-)Absolventen ihr Studium aufnehmen können, hängt nun davon ab, wie schnell Prüfungs- und Studienordnung verabschiedet werden.

*

Die **8 : 5 -Regelung** in den integrierten Studiengängen besteht auch weiterhin. Sie besagt, daß zur Verbindung von theoretischen und praktischen Ausbildungsinhalten in diesen Studiengängen der Personaleinsatz im Verhältnis von acht a-Professoren und fünf b-Professoren stehen muß. Dieses Integrationsgebot ist bislang in den Fachbereichen Physik und Mathematik - Informatik verwirklicht worden. Das Rektorat hat auf dem consilium decanale hervorgehoben, daß das Integrationsangebot auch bezogen auf die einzelnen Studienrichtungen zu beobachten sei. In Ausnahmefällen könne auch dann die Wiederbesetzung einer b-Pro-

fessur in Frage kommen, wenn die 8 : 5 -Regelung noch nicht erreicht sei.

*

Uni-Kanzler Ulrich Hintze hat an die Fachbereiche den dringenden Appell gerichtet, dafür Sorge zu tragen, daß die **Sachmittel** kontinuierlich abfließen. Wegen der finanziellen Engpässe der Hochschule sei es nicht hinnehmbar, Haushaltsmittel verfallen zu lassen.

*

Das **Audiovisuelle Medienzentrum (AVMZ)**, bislang eine Zentrale Einrichtung an der Uni-GH, wird nach dem Beschluß des Senats auf seiner 20. Sitzung als zentrale Betriebseinheit neu organisiert werden. Der Senat folgt damit einer Empfehlung der Kommission für Planung und Finanzen (KPF), die sich ihrerseits, mit der Zustimmung des AVMZ-Beitrats, dafür ausgesprochen hatte, das Medienzentrum auf den Status eines reinen Dienstleistungsbetriebes zurückzuführen. Begründung u.a.: Unbehagen über das Volumen der vom AVMZ gebundenen personellen, räumlichen und sächlichen Ressourcen, so KPF-Vorsitzender Prof. Dr. Georg Hartmann.

Die vom Senat bei einer Enthaltung und keiner Gegenstimme verabschiedete neue AVMZ-Satzung läßt u.a. die Beschäftigung von wissenschaftlichen Mitarbeitern des AVMZ mit mediendidaktischen Fragestellungen zu. Umsetzungen des wissenschaftlichen Personals sind jedoch unausweichlich. An die Auflösung von Arbeitsverhältnissen sei nicht gedacht, betonte das Rektorat auf der Senatssitzung.

*

Ein zusätzliches Programm zur Förderung besonders qualifizierter, promovierter junger Wissenschaftler, das sogenannte **Postdoktorandenprogramm**, führt die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) durch. Geisteswissenschaftliche Fächer und die Informatik sind insbesondere angesprochen. Zwei Bewerber aus Paderborn werden für dieses Programm noch gesucht.

*

Im Rahmen der **Einzelforschungsförderung** hat das Ministerium für Wissenschaft und Forschung im vergangenen Jahr Wissenschaftlern unserer Hochschule insgesamt rund 700 000 Mark zur Verfügung gestellt. Die Anträge zu Projektförderungen für das kommende Jahr müssen bis zum 1. Juli gestellt sein. Die Mitglieder der Forschungskommission sind nach Auskunft des Kommissionsvorsitzenden, Prof. Dr. Burkhard Monien, gerne bereit, bei der Antragstellung zu helfen.

*

Zur 20. Senatssitzung am 5. Mai legte das Rektorat seine **Prioritätenliste** für das laufende Jahr vor. Für den Forschungsbereich wird da u.a. festgehalten: Abschluß des Kooperationsvertrages mit der Nixdorf Computer AG auf dem Gebiet VLSI-Design (Siehe auch Bericht S. 3), Sicherung der Einrichtung der "Umweltanalytik" am Fachbereich Chemie, Förderung der Schwerpunktbildung im Bereich der Literaturwissenschaften, Herausgabe des Forschungsberichts, Mitarbeit der Hochschule zur Realisierung des Fiebiger-Plans. Die Auslandskontakte

sollen weiter intensiviert werden, vordringlich sei hierbei, den Studenten eine ausreichende Anzahl von Studienplätzen im Ausland auf der Grundlage von vertraglich festgelegten Vereinbarungen anbieten zu können. Mit Nachdruck wird die Absicht verfolgt, ein Gästehaus für die ausländigen Besucher einzurichten.

Weitere vordringliche Aufgaben: Angleichung älterer Studien- und Prüfungsordnungen an das WissHG, Erarbeitung von Einstufungsprüfungsordnungen für Studienbewerber mit und auch ohne Hochschulreife in ein höheres als das erste Semester.

Im Bereich der Weiterbildungsaktivitäten will das Rektorat vor allem das Zentrum für Weiterbildung in Meschede unterstützen und die Lehrerfortbildung erweitern. Für die Abteilungen ist die zielstrebige Umsetzung des erarbeiteten Servicegruppenkonzepts ins Auge gefaßt.

*

Kuriosum bei den Wahlen zum 14. Studentenparlament: der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) wird im neuen Parlament nicht vertreten sein. Die CDU-nahe Studentenorganisation hatte es versäumt, ihre Kandidatenliste fristgerecht einzureichen.

*

Nach der Fertigstellung der Sporthalle im Jahre 1982 wurde im August 1984 mit dem **Bau eines Sportinstituts** begonnen, das bereits Mitte Mai 1985 fertiggestellt werden konnte. Durch den Neubau wurden 298,57 m² Hauptnutzfläche geschaffen. Das gesamte Fach Sport konnte am

31. Mai in den Neubau einziehen. Die Baukosten betragen ca. 480 000 Mark.

PERSONALIEN

Erster Prof. h. c.



Paderborn (ghp). Direktor Dipl.-Ing. Günther Bolle (Foto) ist auf Vorschlag des Fachbereichs Elektrotechnik die Bezeichnung "Honorarprofessor" zuerkannt worden. Die Urkunde der vom Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes verliehenen Auszeichnung wurde Bolle auf der Senatssitzung am 12. Juni vom Rektorat der Universität-Gesamthochschule übergeben. Er ist der erste Honorarprofessor an der Paderborner Hochschule.

Das Gesetz über die wissenschaftlichen Hochschulen des Landes hält fest, daß die Bezeichnung "Honorarprofessor" an Personen verliehen werden kann, "die auf einem an der Hochschule vertretenen Fachgebiet hervorragende Leistungen in Forschung und Lehre oder in der beruflichen Praxis hervorragende Leistungen bei der Anwendung oder Entwicklung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Methoden, ... , die den Anforderungen für hauptberufliche Professoren entsprechen, erbracht haben." Dies trifft für Direktor Dipl.-Ing. Bolle im besonde-

ren Maße zu, wie auch die vier Gutachter urteilen, die seine Leistungen und seine Persönlichkeit würdigten.

Über sechs Jahre hält der Professor h.c. im Rahmen der Wahlpflicht- und Pflichtwahlfächer in der Elektrotechnik Vorlesungen zum Thema "Rundfunk- und Fernsichttechnik". Bolle, 1927 in Braunschweig geboren, studierte Elektrotechnik an der Technischen Hochschule Karlsruhe und schloß sein Studium 1953 mit dem Diplom ab. Seine beruflichen Stationen mit zunehmender Verantwortung waren u.a. in Hannover bei der Firma Telefunken, in Hildesheim bei den Blaupunkt-Werken, bis er schließlich, 1980, in Stuttgart zum Prokuristen und Direktor der Robert Bosch GmbH avancierte. Seitdem ist er Leiter der Zentralabteilung Entwicklungs- und Vorentwicklung Nachrichtentechnik. Es gehört zu Bolles Aufgaben, neue Forschungs- und Vorentwicklungsprojekte zu veranlassen und für deren erfolg-

reichen Abschluß Sorge zu tragen.

Die Professoren des Fachbereiches Elektrotechnik halten in ihrer Würdigung fest, daß Bolles "Erfindungsanmeldungen und Patente Beispiele herausragender Ingenieurleistungen auf wissenschaftlicher Grundlage (sind)". "Die offenkundige Begabung Herrn Direktor Bolles", heißt es weiter, "technisch-wissenschaftliche Entwicklungen schon in einem sehr frühen Stadium danach beurteilen zu können, ob in ihnen anwendungsfähige Substanz steckt, ist in Fachkreisen unumstritten."

Für den Fachbereich sei Bolles Wirken "außerordentlich hoch einzuschätzen". Durch ihn entstanden vielfältige Kontakte zu Forschungsinstitutionen und Industriefirmen. Nicht zuletzt gibt Prof. h.c. Dipl.-Ing. Günter Bolle vielen Hochschulabsolventen des integrierten Studiengangs nützliche Hinweise für ihren beruflichen Werdegang.

deutschen Arbeitsmarkt. Wie hat unter solchen prognostizierten Voraussagen eine berufliche Ausbildung für das Jahr 2000 auszusehen, die die Auszubildenden nicht in die Sackgasse Arbeitslosigkeit dirigiert, die dem Arbeitsmarkt und den Interessen der jungen Leute gerecht wird?

Pädagogik-Professor Dr. Wilhelm Hagemann hatte die drei Herren, Jungemann ist Leiter der kaufmännischen Ausbildung der Nixdorf Computer AG, Ruland Vorsitzender des Verbandes Lehrer an berufsbildenden Schulen in Nordrhein-Westfalen, Liebner zuständiger Ausbildungsleiter des Berufsbildungswerkes des DGB Westfalen-Lippe, am 23. Mai an die Hochschule geholt, um u.a. eben jene Fragen beantworten oder zumindest diskutieren zu lassen.

"Kommunikationstechnik auf dem Vormarsch"

Die momentanen Tätigkeitsfelder werden sich rasch verändern, vor allem im Büro, ist sich Jungemann sicher. Die Kommunikationstechnik sei weiter auf dem Vormarsch, schaffe neue Arbeitsplätze, benötige gleichzeitig aber auch speziell Ausgebildete. Er empfiehlt jungen Leuten, sich "Schlüsselqualifikationen" im genannten Bereich anzueignen, die Grundlagen der Datenverarbeitung zu erlernen, allerdings nicht um "Programmspezis" (Jungemann) zu werden, sondern sie sollten sich "handlungsorientiert" ausbilden lassen. Der Arbeitsmarkt, so Jungemann, sei gespalten; in vielen Bereichen fehle es an Nachwuchs, andere, zum Beispiel in der Päd-

Berufliche Ausbildung im Jahr 2000

Neue Tätigkeitsfelder auf entspanntem Arbeitsmarkt?

Die Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2000 lasse, was den Arbeitsmarkt vor allem für Berufsanfänger betrifft, Optimistisches, sprich weniger Arbeitslose, erwarten. Auf dem Arbeitsmarkt gebe es spätestens in 15 Jahren ganz andere Rahmenbedingungen: vor allem weit weniger junge Menschen, die sich um freie Stellen bewerben. Was Dr. Hubertus

Jungemann apokalyptisch als "wir Deutsche sind eine sterbende Nation" in Worte faßte, wurde ihm von seinen Diskussionspartnern, Oberstudiendirektor Jürgen Ruland und Gero Liebner, weniger dramatisch formuliert, bestätigt: die sinkende Bevölkerungszahl und die wesentlich geringere Zahl von Berufsanfängern veränderten die Chancen auf dem bundes-

pagogik, hätten ein Überangebot nicht vermittelbarer Anwärter, die häufig von den Universitäten kämen.

"Flexibilität in der Ausbildung "

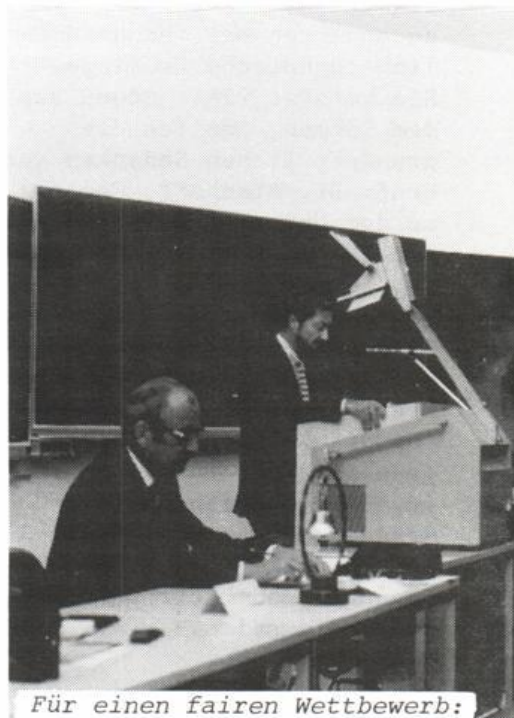
Ruland hält einen Abbau der Arbeitslosigkeit nur für möglich, wenn ein Wirtschaftswachstum von real 3 bis 4 % erreicht wird. Die künftigen Arbeitnehmer müßten sich, da sich diese Wachstumsrate wahrscheinlich nicht verwirklichen ließe, auf eine größere Flexibilität bei der Berufsausbildung einstellen. Zwar werde es bei den derzeit 432 Ausbildungsberufen in der Bundesrepublik bleiben, "die Sozialpartner sind sich einig, daß man keine neuen Berufe braucht, sondern die vorhandenen modifiziert" (Ruland), jedoch werde die Frage nach der Fortbildung eine immer größere Rolle spielen." Die Lebensarbeitszeit ist länger als die Arbeitszeit in einem bestimmten Beruf", meinte Ruland. Der betriebliche Ausbildung werde immer größere Bedeutung zukommen, der Anteil der Berufsschulen am

berufsvorbereitenden und -begleitenden Unterricht verstärkte sich. Die Spielräume der Weiterbildungsmöglichkeiten, die bislang vom Staat angeboten würden, seien "miserabel".

"Verkürzung der Arbeitszeit"

DGB-Vertreter Liebner sieht in einer breiten beruflichen Grundausbildung Chancen für den Arbeitnehmer der nächsten Jahrzehnte. Angesichts der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit sei eine Verkürzung der Arbeitszeit unumgänglich, um den qualifizierten jungen Menschen überhaupt den Einstieg ins Berufsleben zu ermöglichen. Liebner warnte vor der Euphorie, auf dem "Rationalisierungsschlachtfeld Büro" würden eine große Anzahl von Arbeitsplätzen geschaffen. Der Prototyp des neuen Heimarbeiters, der an seinem Home-Computer als z.B. Sachbearbeiter einer Versicherungsfirma seine Fälle von A bis Z erledigt, laufe Gefahr, zu vereinzeln. "Nicht alle Lebensbeziehungen lassen sich algorithmieren", wertete Liebner.

Uni-Verwaltungen, an den Zweck ihres Zusammenkommens: Erfahrungen auszutauschen, über Fortbildungen der technischen Mitarbeiter nachzudenken und sich über den aktuellen Stand der Neuen Technologien zu informieren.



Für einen fairen Wettbewerb:
Kanzler Hintze (rechts),
vorne H.-J. Recknagel.

Regierungsbaudirektor Lutz Petersen hatte die zweitägige Jahrestagung an der Paderborner Hochschule mit seinen Mitarbeitern umsichtig organisiert. Der ATA-Vorstand bedankte sich beim Kanzler der Uni-GH, Ulrich Hintze, der mit seiner Zusage das Treffen erst ermöglicht habe. Hintze war es auch, der den Versammelten einen kurzen Abriß zur Entstehungsgeschichte der Gesamthochschule und vor allem zum bildungspolitischen Konzept unter besonderer Berücksichtigung der integrierten Studiengänge gab. In Anspielung auf die seit der Mitte der 70er Jahre vergleichsweise spärlich fließenden Landesmittel, unterstrich der Kanzler: "Den Gesamthochschulen muß

Jahrestagung der Uni - Baudezernenten

„Zukunft mit Optimismus angehen“

Paderborn (ghp). Den 15. Geburtstag seiner Organisation läutete H.-J. Recknagel, 1. Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der technischen Abteilungen an der Wissen-

schaftlichen Hochschule (ATA), am 30. Mai im Hörsaal C 2 ein. Zur Begrüßung der ATA-Jahrestagung erinnerte Recknagel seine Kollegen, zumeist Bau-Dezernenten der

die Chance gegeben werden, in einen fairen Wettbewerb mit den anderen wissenschaftlichen Hochschulen zu treten."

Die rund 60 angereisten ATA-Vertreter, unter ihnen sechs Schweizer Kollegen und einer aus Österreich, thematisierten, wie nicht anders zu erwarten war, hauptsächlich technische Probleme. Ein Referat fiel jedoch aus dem Rahmen, nämlich die grundsätzlichen Gedanken von Prof. Dr. Bischoff, Geologe an der Universität zu Köln, zum Thema "Energie, Rohstoffe, Umwelt".

In erster Linie ging es Bischoff um die Konsequenzen, die aus der Umwelt- und Energiekrise, ein Synonym für die Krise der Wohlstandsgesellschaft, zu ziehen seien. Konsequenzen, die auf Grundlage auch philosophischer und moralischer Überlegungen und Überzeugungen notwendig seien.

"Lebensangst"

Bischoff wandte sich gegen den seiner Meinung nach sich bahnbrechenden Pessimismus in der Wohlstandsgesellschaft: das Wort 'Lebensangst' mache die Runde und setze sich in den Köpfen fest.

Diese Lebensangst resultiere aber nicht aus einer sachlichen Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Zeit. Die seien bei näherer Betrachtung zu lösen. Sondern: Lebensangst sei bei denjenigen anzutreffen, die sich irrational mit der Zukunft auseinandersetzten.

"Kein Rohstoffmangel"

Bischoff gewichtete: nicht die Energiekrise oder die Umweltverschmutzung gefährdeten die Wohlstandsgesellschaft bzw. brächten diese aus dem Gleichgewicht, sondern unser Planet sei bedroht durch die katastrophalen Entwicklungen in der Dritten Welt. Bevölkerungsexplosion, Mangel an Düngemittel und zu teure Energie nannte der Geologe als Stichworte.

Bischoff "wagte", wie er selber vorsichtig hinzufügte, die Thesen 1. "Die Welt krankt nicht am Rohstoffmangel". 2. "Wir haben keine Rohstoffprobleme, sondern Energieprobleme" und lieferte die Begründungen. Er bezweifelte die Angaben des Club of Rome hinsichtlich der Erschöpfung vieler Bodenschätze um das Jahr 2000 herum. Mittlerweile, die Club-Zahlen stammen aus den 70er Jahren, seien, so der Geologe, z.B. das 2- bis 26-fache an Blei-, Zink- und Platinvorräten entdeckt worden. Uran liege sogar "für 50 Jahre auf Halde". Worauf es jetzt ankomme, sei die sinnvolle Nutzung der Energiequellen.

"Energie von draußen"

Welche Energiequellen stehen uns zur Verfügung, fragte Bischoff, die unabhängig von der Energiequelle Sonne nutzbar gemacht werden könnten. Die Antwort laute: außer der Kernenergie gebe es überhaupt keine der Erde eigenen Energie. Die gesamten fossilen Energieträger, Kohle, Öl usw. seien nichts

anderes als gespeicherte Sonnenenergie, Wind und Wasserkraft stünden ebenfalls im direkten Zusammenhang zur Sonne. Die Erde bezieht also laut Bischoff "ihre Energie von draußen", Ausnahme: das Uran, die Kernenergie.

So betrachtet sei unser Planet kein in sich abgeschlossenes System, auf das etwa der 2. Thermodynamische Satz anwendbar sei. Der besagt nämlich, daß die Energie eines abgeschlossenen Systems konstant ist, jedoch der Entwertung zustrebe. Verkürzt gesagt: solange die Sonne scheint, solange die Erde Empfängerin von Überschussenergie ist, sind jene apokalyptischen Visionen und Stimmungen vom 'Ausgehen der Lichter' fehl am Platze. Bischoff weiter: die Entwicklung der Menschheit habe jedoch gezeigt, daß der Wohlstand direkt abhängt von der verfügbaren Energie.

Mehr Energie produzieren

Wer mehr Wohlstand für alle Menschen wolle, müsse mehr Energie produzieren. Den Ausweg Kernenergie, den er aus der Sicht des Naturwissenschaftlers anbot ("Ich will hier sachlich informieren, nicht politisch bewerten"), berge Möglichkeiten und gleichsam Gefahren in sich. Einerseits sei die Kernenergie umweltfreundlich und billig, auch für die Dritte Welt, auf der anderen Seite müsse die End-Lagerung abgebrannter Uranstäbe gesichert sein. Bischoff warnt: "Je konzentrierter die Energiegewinnung, desto umweltfreundlicher, aber auch desto gefährlicher." Die Bereitschaft der Industriegesellschaften, zu "Leistung,

Kreativität und Risiko", komme letztlich der gesamten Menschheit zugute, resümierte Bischoff und ermutigte seine Zuhörer, indem er den Nobel-Preisträger für

Physik, Max Born, zitierte: "Ihr wollt weiterleben, ihr wollt euer Dasein verbessern. Laßt das Hadern, laßt das Zaudern, laßt die Gewalt."

Umfrage an Uni - GH ergab:

Nichtwissenschaftliche Mitarbeiter mehrheitlich für gleitende Arbeitszeit

Paderborn (ghp). Die Fachgruppe Uni-GH-Paderborn des Verbandes der Landesbeamten, -angestellten und -arbeiter NRW im Deutschen Beamtenbund (VdLA DBB) hatte es als "brisantes Thema" eingestuft: Die 8. Verordnung zur Änderung der Arbeitszeitverordnung. Es ging um die Einführung der gleitenden Arbeitszeit, die die oberste Dienstbehörde, so wurde es diskutiert, einführen kann. Wurde diskutiert. Im März. Mittlerweile hat der NRW-Innenminister die Einführung der gleitenden Arbeitszeit definitiv nicht in die Verordnung übernommen. Das Thema dürfte deshalb für zwei Jahre auf Eis gelegt sein, diskussionswürdig bleibt es trotzdem.

Ein erfragtes Meinungsbild der Uni-Bediensteten zur gleitenden Arbeitszeit liegt mittlerweile vor. Die VdLA-Fachgruppe hatte im März einen entsprechenden Fragebogen verschickt. Von rund 450 angesprochenen Mitarbeitern antworteten 197 (In der Verwaltung und in der Bibliothek betrug die Rücklaufquote 50 %). Den Plänen zur Einführung der gleitenden Arbeitszeit wird hier zwar mehrheitlich zugestimmt (119 Pro-Stimmen

bei 77 Ablehnungen), die Meinungsäußerungen und damit wohl auch die Entscheidungen gehen in den einzelnen Gruppen auseinander.

So sprechen sich die Mitarbeiter an den Fachbereichen in der Mehrzahl gegen die Regelung aus (38 bei 24 Zustimmungen), ebenso verworfen wird der Gedanke an eine Änderung beim technischen Betriebsdienst. Nur ein Mitarbeiter gibt den Plänen seine Zustimmung, 15 sind dagegen.

Anders die Stimmungslage in der Bibliothek und der Verwaltung. Bei einer Ausnahme geschlossene Zustimmung in der Bibliothek (41), in der Verwaltung entschieden sich 51 für, 14 gegen die gleitende Arbeitszeit.

Die Neuregelung stellte eine Kernarbeitszeit von 9 bis 11.30 Uhr und 14 bis 15.40 Uhr zur Diskussion. Zwei von drei Fragebogen-Beantworter gaben dazu ihr Placet. Allerdings äußerten sich zu dieser Frage nur noch 147 Mitarbeiter. Verallgemeinerungen aus dem Erfragten sind deshalb unzulässig. Ohnehin ging es den Erhebenden wahrscheinlich nur darum, ein vorläufiges, spontanes Meinungsbild zu erstellen, aus dem Tendenzen abgeleitet werden können.

Für viele vielleicht verwunderlich, aber auch dies offenbart der ausgefüllte Fragebogen: gegen die "Installation eines Zeiterfassungssystems", sprich Stechuhr, haben 111 Mitarbeiter nichts einzuwenden. Wenn Stempeluhren eingeführt werden, argumentieren einige Gegner des Erfassungssystems, dann müßten auch alle ihre Stempelkarte abdrücken. Daß sich mithin höher gestellte Personen und Vorgesetzte ihre Arbeit kontrollieren lassen, wird von diesen Mitarbeitern angezweifelt: wahrscheinlich gelten dann wieder für eine bestimmte Personengruppe die berühmten Ausnahmen.

Der Tenor der Argumente für die gleitende Arbeitszeit wird trefflich wohl so zusammengefaßt: die Neuregelung ist dringend erforderlich zur Entspannung der morgendlichen Verkehrslage, Behördengänge und Arztbesuche können teils unbürokratisch erledigt werden, "bei kurzfristig erhöhtem Arbeitsanfall kann der Mitarbeiter seine Arbeitszeit entsprechend anpassen", so die Auszüge einiger Kommentare, die die VdLA-Verantwortlichen veröffentlicht haben.

Personalversammlung

'hausmitteilung' kritisiert

Paderborn (ghp). Der Personalrat der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter hatte zur alljährlichen Personalversammlung eingeladen. Am 31. Mai trafen sich rund 300 Mitarbeiter in der Aula des Westfalen-Kollegs. Auf der Tagesordnung standen der Tätigkeitsbericht des Personalrats aus dem vergangenen

Jahr einschließlich der Aussprache über denselben, Beiträge von Gewerkschaftsvertretern zu aktuellen Themen und der Punkt Verschiedenes.

Die Personalrats-Vorsitzende Gerda Nonnemann legt einen ausführlichen Rechenschaftsbericht vor, auf dessen Einzelheiten an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden kann. Denn die Personalversammlung findet laut Landespersonalvertretungsgesetz unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Trotzdem soll hier kurz auf einen Punkt eingegangen werden, sozusagen in eigener Sache. Das Konzept der 'Hausmitteilung' wurde vom Personalrat kritisiert: zu wenig Themen aus dem nichtwissenschaftlichen Bereich, zu wenig Informationen für die Nicht-Wissenschaftler. Der Herausgeber (also der Schreiber dieser Zeilen) nahm eine Erwiderung aus seiner Sicht vor. Beide Seiten einigten sich, "im stillen Kämmerlein gemeinsam noch einmal nachzudenken", so der Vorschlag von Frau Nonnemann. Das ist inzwischen geschehen. Stand der Dinge: der 'hm'-Herausgeber wird zu etwaigen Ansprechpartnern aus dem nichtwissenschaftlichen Bereich mehr als nur sporadische Kontakte ausbauen und wird einen regelmäßigen Informationsaustausch mit dem Personalrat pflegen, so daß sichergestellt ist, daß in jeder 'hm' einige Seiten mit Nachrichten aus dem und für den angesprochenen Hochschulbereich veröffentlicht werden.

Detlev Grewe

Gute Stimmung bei bestem Wetter

6000 kamen zum Uni - Kinderfest



Tanz in der 'Western Town': die Paderborner Square Dancers.

Paderborn (ghp). Über 6000 Besucher zählte Johannes Freise, Koordinator und Ideenlieferant des Hochschulkinderfestes, am 2. Juni auf dem Campus. Die Veranstaltung, begleitet von strahlendem sonntäglichem Sonnenschein, zog wieder einmal die Paderborner aus der Stadt hinauf auf den 'Hochschulberg'. Mitarbeiter aus der Hochschulverwaltung, des Stadtjugendamtes und der Sparkasse hatten mit tatkräftiger Unterstützung des Reitervereins Paderborn auf dem Uni-Gelände eine 'Western-Town' entstehen lassen.

Da durften denn auch nicht die Pferde und der Saloon fehlen. Letzterer hatte im Ausschank allerdings nur Milchprodukte, was der Stimmung der Kinder keinen Abbruch tat. Die standen in langer Reihe und warteten geduldig, endlich einmal auf dem Rücken eines echten Pferdes zu sitzen, das Glück der Erde für einen Moment zu haschen. Vier Pferde drehten freundlich und gemächlichen Hufes ihre Runden im Zentrum der 'Western-Town', einer kleinen Arena von 15 Metern Durchmesser. Bunt angemalte Indianer und Cowboys gaben sich nicht nur in der Milch-



Eindrücke von begeisterten Kindern konnte der Besucher überall auf dem Campus sammeln. Auf dem Trampolin, dem riesigen Luftkissen, der Wasserrutsche oder vor der Verkehrspuppenbühne der Polizei, wo der Kaper, angefeuert von den Kindern, mit seinem Requisiten umsichtig Regie führte und den Bösewicht in seine Schranken wies.

Über 70 Betreuer aus dem Hochschulsportbereich, 10 Kunststudenten der Hochschule, 25 Mitarbeiter des Jugendamtes, rund 20 'ehrenamtlich' tätige Verwaltungsmitglieder und viele hier nicht erwähnte mehr, halfen, den Tag zur Zufriedenheit aller zu gestalten. Für den musikalischen Rahmen sorgten die Paddy Jazzer, die Life-Band Selektion und die Rainer Franzke-Big Band.

bar ein Stelldichein, sie versammelten sich auch unter dem 'Galgen'. Worunter aber nicht das hinlänglich bekannte Instrumentarium zum Aufknüpfen unliebsamer Menschen gemeint ist, nein, hierbei handelte es sich um eine ein Meter hohe Miniatur-Ausgabe des gängigen Originals, anstelle der Schlinge allerdings mit etwas Lockenderem versehen: einem Dauerlutscher. Der mußte, den 'Galgen' auf den Rücken geschnallt, ohne Zuhilfenahme der Hände in den Mund befördert werden. Das ging ganz schön an die Nerven der ungeduldigen Cowboys.



Der Galgen: Hoffnung

Die Paderborner Jugend-Feuerwehr: dem Rasen zu liebe



	<u>WS 1985/86</u>	<u>SS 1986</u>
<u>TERMINE-TERMINE-TERMINE</u>		
Semesterbeginn:	01.10.1985	01.04.1986
Vorlesungsbeginn: für Studiengänge, die denen an Fachhochschulen entsprechen	30.09.1985	17.03.1986
für Lehramtsstudiengänge Integrierte Studiengänge	14.10.1985	21.04.1986
Vorlesungsende: für Studiengänge, die denen an Fachhochschulen entsprechen	14.02.1986	18.07.1986
für Lehramtsstudiengänge Integrierte Studiengänge	14.02.1986	18.07.1986
Semesterschluß:	31.03.1986	30.09.1986
Rückmeldungen für SS 1986	06.01.1986	- 31.01.1986

Stadtrat gab Uni - GH den Zuschlag

'Brauereivilla' wird jetzt Gästehaus und Begegnungsstätte

Paderborn (ghp). Die Universität-Gesamthochschule Paderborn hat den Zuschlag zur Nutzung der ehemaligen Brauereivilla an der Borchener Straße erhalten.

Auf seiner Sitzung am 13. Juni beschloß der Rat der Stadt Paderborn der Uni-GH zu ermöglichen, die Brauerei-Villa als Gästehaus auszubauen. Gleichzeitig wurde die Stadtverwaltung beauftragt, noch in diesem Jahr eine entscheidungsfähige Planung für die Vereine freier Träger vorzulegen.

In geheimer Abstimmung votierten 31 Ratsmitglieder (die CDU-Mehrheitsfraktion verfügt über 32 Sitze) für, 24 gegen den Antrag, bei 1 Enthaltung. Ein zuvor von den Grünen gestellter Antrag, die Brauereivilla der 'Initiative für ein selbstverwaltetes Kultur- und Kommunikationszentrum (KuKoz)' als Träger zur Verfügung zu stellen, wurde mit 43 gegen

9 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Franz-Josef Weber begründete für die CDU die Entscheidung der Mehrheitsfraktion: Ein Abriß der von der Substanz her wertvollen Villa komme nicht in Frage. Ein sozio-kulturelles Zentrum sei für Paderborn zwar wichtig, doch sei fraglich, ob das KuKoz, so wie es geführt werde, diese Aufgabe wahrnehmen könne.

Der Beigeordnete Hans Behringer wies in der teilweise hektisch geführten Debatte darauf hin, daß die Stadt Paderborn Fördermittel von 800 000 Mark plus Zinsen an das Landesministerium für Städtebauförderung zurückzahlen müsse, wenn die Villa nicht als Bürgerzentrum genutzt würde. Behringer legte eine Unterschriftenliste von 260 Bewohnern aus der Südstadt vor, die aus Sorge vor Lärmbelastigung kein Zentrum wie das KuKoz dort wollen.

Eindringlicher Appell eines Insiders:

Praxis gehört ins Studium

Paderborn (ghp). "Es gibt nichts Gefährlicheres, als das Wissen nur in sich hineinzuipauken. Wissen muß ständig in der Praxis angewendet werden. Erst hier zeigt sich das Können." Dr.-Ing. Ulrich Haier war es,

der mit diesen eindringlichen Worten die Studenten und Professoren am 13. Juni im Großen Hörsaal daran erinnerte, wozu, vor allem in den Ingenieurwissenschaften, das Studium da ist: Theorie und Praxis miteinander zu

verbinden.

Auf Einladung des Vorsitzenden der 'Arbeitsgruppe Praxissemester', Prof. Jürgen Grüneberg von der Soester Hochschulabteilung, referierte Haier über die Notwendigkeit des Praxisbezuges in der Ingenieurausbildung. 'Wissen und Können' hieß das Thema des Vorsitzenden des Deutschen Verbandes technisch-wissenschaftlicher Vereine (DVT), der bis vor kurzem Vorstandsmitglied der Siemens AG war.

Das 'Wesen des Lernens' stand im Mittelpunkt der Haierschen Argumentationen für ein praxisorientiertes Studium. In einer sich ständig weiterentwickelnden Gesellschaft, in der naturwissenschaftliche (Grundlagen-) Kenntnisse angehäuft würden und u.a. die Ingenieurwissenschaften sprunghaft Fortschritte machten (hier vor allem auf dem Gebiet der Elektronik), sei der Praxisbezug wichtiger denn je. Die lernende Gesellschaft verlange ein lernendes Individuum, das sich jederzeit über seine Verantwortung im Handeln gegenüber eben dieser Gesellschaft im Klaren sein müsse, so Haier.

Lernen meint nun nicht nur das Aneignen von Wissen. Sicherlich seien Grundlagenkenntnisse und Beherrschung der wissenschaftlichen Methoden unverzichtbar, jedoch führe, so der DVT-Vorsitzende, erst das Handeln auf der Grundlage von Erlebtem und Erfahrenem zum eigentlichen Können. Und dieses Können stehe gleichsam am Ende eines Lernprozesses, der fortwährend in Bewegung sei.

"Nur der Praxisbezug schlägt die Brücke zwischen dem Wissen und dem Können", hob Haier hervor und empfahl den Studenten, während des Studiums so zu lernen, daß sie aus ihren Kenntnissen heraus

Analogieschlüsse zu ziehen in der Lage seien, um den beruflichen Aufgaben gewachsen zu sein. Man dürfe nicht zu lange studieren, mahnte der Referent, "die Studenten müssen den Wissensbereich und den Anwendungsbereich möglichst schnell zusammenbringen".

'Student vor Ort' ausdrücklich begrüßt. Was für die Hochschüler im Freistaat obligatorisch sei, gelte für die in Nordrhein-Westfalen (noch) nicht, meinte Prof. Grüneberg in diesem Zusammenhang. Hier seien die Praxissemester erst einmal fakultativ, also auf frei-

Arolser Hochschultage

Anlaß zum Nach- und Weiterdenken



Keine Theorie ohne Praxis: Prof. Jürgen Grüneberg (links) und Dr. Ulrich Haier.

Von den Hochschülern der ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen verlangt Haier die Fähigkeit, "realitätsbezogene Haltungen" einzunehmen, nämlich das Machbare in der Praxis, dem Berufsalltag, zu sehen. Deshalb auch seine Forderung nach Ausweitung sogenannter Praxissemester während der Studienzeit. Anpassungen und Änderungen im angestrebten Beruf könnten zwar theoretisch erörtert werden, erfahrbar seien sie allerdings nur in der Praxis.

Haier verwies auf die 40 000 Studenten, die seit 1980 in Bayern erfolgreich während der Studienzeit ein Praxissemester absolviert hätten. Auch seitens der Betriebe würde das Projekt

williger Basis, vorgesehen. Die Uni-GH-Paderborn mit ihren Abteilungen in Höxter, Meschede und Soest übernehme für das Land eine Vorreiterfunktion, denn seit dem Wintersemester 1978/79 führe sie Praxissemester in den Integrierten- und Fachhochschulstudiengängen durch, an denen bislang über zweihundert Studenten teilgenommen hätten. Grünebergs Vorstellungen, die er durch Dr.-Ing. Haiers Vortrag gestärkt sieht: für den angehenden Ingenieur, gleich welcher Hochschule, bleibt unverzichtbar, schon während des Studiums die Praxis zu erfahren. An die Bildungspolitikler gehe der Aufruf, die Studieninhalte entsprechend zu gestalten.

Paderborn (ghp). Im hessischen Arolsen stellte sich vom 6. bis 10. Mai die Uni-GH vor. Der örtliche Volkshochschulbildungsring hatte zur 2. Hochschulwoche eingeladen, nachdem im Vorjahr die Universität-Gesamthochschule Kassel zu Gast war und die Veranstaltungsreihe eingeleitet hatte.

Fünf Referenten vertraten die Paderborner Hochschule. Dr. Hildegard Utz sprach über 'Leonardo da Vinci und der Wettstreit der Künstler im 16. Jahrhundert, Prof. Dr. Dieter Schellong über die Annäherung der Konfessionen, Prof. Dr. Hartmann gab Einblicke in die 'Kooperationsmöglichkeiten zwischen Hochschule und Industrie', Prof. Dr. Hermann Kramer referierte zum Thema 'Gesundheit und Freizeitsport', Privatdozent Dr. Volker Briese vertrat 'Ansätze für eine umwelt- und sozialverträgliche Verkehrspolitik'.

Insgesamt habe die Hochschulwoche einen guten Eindruck gemacht, hob Studienleiter Horst Schwarze, Vorstandsmitglied des Volkshochschulbildungsrings und verantwortlicher Organisator, hervor. Jedoch: der Besucherrückgang an den beiden letzten Abenden gebe ihm zu denken.

Zur Eröffnungsveranstaltung im Festsaal des Schreiberschen Hauses kamen immerhin rund 100 Interessenten. Prorektor Prof. Dr. Peter

Freese nahm die Gelegenheit wahr, die Aufgaben und Ziele der Gesamthochschule und vor allem (wie nicht anders zu erwarten) deren Leistungen vorzustellen. Daß viele Besucher bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal etwas über eine Universität in Paderborn zu hören bekamen, mag die überraschen, die sich blauäugige Vorstellungen zur Verankerung der Hochschule über die regionalen Grenzen hinaus machen. Deshalb das erste Fazit der Woche: solche Begegnungen weiterzuverfolgen, eine Hochschulwoche oder Hochschultage in Zusammenarbeit mit örtlichen Bildungseinrichtungen zu institutionalisieren. Mag das Wort 'Institutionalisieren' für manchen klingen wie 'Verordnen', es bleibt festzuhalten, daß solche Hochschulaktivitäten vor Ort wesentlich zur Imagepflege beitragen.

Dies setzt jedoch den Willen aller voraus, sich zu engagieren, sich bereit zu erklären, einen Vortrag zu halten. Womit ein zweites Fazit gezogen werden soll: je mehr Themen vorliegen, desto vielfältiger und differenzierter kann sich die Hochschule darstellen. Diese einfache Schlußfolgerung, so selbstverständlich sie sich anhört, findet nicht bei allen Angesprochenen offene Ohren. Das Suchen nach Referenten für die Arolser Hochschulwoche und die vielen Absagen stimmen nicht gerade optimistisch. Daß die gut vorbereiteten Hochschulvertreter ein aufmerksames und auch diskussionsfreudiges Publikum vorfanden, sollten Motivation für diejenigen sein, die bislang solchen Veranstaltungen eher skeptisch gegenüberstehen.

Detlev Grewe

Universitätsball
Stimmung gut
Besuch schlecht

Desinteresse

Ein Kommentar von Kanzler Ulrich Hintze

Unsere Universität ist das Ergebnis staatlicher Planung, auch von Wünschen der Region; sie ist noch sehr jung. In den Wissenschaften hat sie schon teilweise Anerkennung errungen, auf gesellschaftlicher Ebene dagegen offenbar kaum. Mit ursächlich dafür dürfte sein, daß die Aufgaben 'Lehre' und 'Forschung' im Rahmen von Amtspflichten erfüllt werden, die Pflege des soziokulturellen Umfeldes - weil außerhalb dieses Pflichtenkreises - demgegenüber kümmerlich betrieben wird.

Zwar gibt es auch Ansätze zur Überwindung dieses Problems, siehe die Erfolge der Studiobühne und des Collegium musicum, der Fehlschlag beim Universitätsball 1985 allerdings ist - da ein Rückschritt - bedenklich. Der Ball vom Anspruch her eine festliche Veranstaltung der gehobenen Kategorie, fand am 15. Juni in der Paderhalle statt. Obwohl der Rahmen stimmte - die flotte Musikkapelle, die interessanten Einlagen der Studentengruppen, das üppige kalte Buffet, der besucherfreundliche Eintrittspreis - litt die Atmosphäre doch sehr darunter, weil das Fähnlein der Engagierten fast unter sich war. Von den rund 500 Plätzen waren nur knapp 300 besetzt. Ganze Fachbereiche waren überhaupt nicht vertreten, viele Funktionsträger glänzten durch Abwesenheit; die Zahl der Teilnehmer aus den Zentralbereichen

AVMZ, Bibliothek, Rechenzentrum, Verwaltung schließlich konnte bequem mit den Fingern einer Hand registriert werden.

Diese Zahlen belegen erneut das Desinteresse der überwiegenden Mehrheit der Universitätsmitglieder. Gleiches gilt für die Repräsentanten der Region, diesmal mit z.B. nur zwei der sieben Kuratoriumsmitglieder aus Kultur, Verbänden, Verwaltung und Wirtschaft auffällig unterrepräsentiert.

Entschuldigungsgründe gibt es vielfach. Ob vorgeschoben oder nicht das Resultat ist deprimierend. Da es offenbar vielen nicht gelingt, einmal im Jahr den Terminkalender für den Universitätsball freizuhalten, muß die Fortsetzung dieser jungen Tradition überdacht werden.



Gourmets kamen auf ihre Kosten: das kalte Buffet, zusammengestellt vom Küchenchef der Mensa und seinen Mitarbeitern. Da hätten ruhig 100 mehr kommen können. Alle wären satt geworden.